

# Kindersoldaten für die Machtergreifung?



Angesichts der Bilder aus Moscheen (hier: Mönchengladbach, Herford und Wien) dürfte es Herrn Erdoğan ganz warm ums Herz werden. Seine Grußworte an die Türken und an die Europäer:

**»Macht nicht drei, sondern fünf Kinder,  
denn Ihr seid die Zukunft Europas.«**

**»Wenn ihr euch weiterhin so benehmt,  
wird morgen kein einziger Europäer,  
kein einziger Westler auch nur irgendwo  
auf der Welt sicher und beruhigt einen  
Schritt auf die Straße setzen können.«**

---

## Das offene Wort

### Wehret den Anfängen!

Mitte April 2018 wurde bekannt, daß in etlichen der von der türkischen Religionsbehörde DİTİB gesteuerten Moscheen in Deutschland und Österreich Kinder zu Kriegstheaterstücken verführt wurden.

Anlaß waren die türkischen Feiern des Sieges über die britisch-französische Flotte bei der Seeschlacht am Bosphorus am 18.3.1915, die der türkische Staatschef Erdoğan als Sieg des Islam über das »westliche Kreuzritertum« darstellt.

Die meist in Deutschland geborenen türkischen Kinder, die nach dem geänderten Staatsbürgerschaftsrecht ja nun Deutsche sind, werden also spielerisch trainiert, Krieg für die Türkei zu führen und türkische Siege zu feiern.

Ein oder zwei Tage flimmerte das über die Bildschirme. Politiker und Medien machten auf Empörung, die Videos wurden gelöscht und dann war alles wieder vergessen.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß die Bundesregierung allein im Jahr 2017 per Arbeitsvisa die Einreise von weiteren 350 DİTİB-Imamen aus der Türkei genehmigt hatte.

Dieser Verein erhielt im Jahr 2016 3,27 Millionen Euro Steuergelder aus dem Bundeshaushalt. Das wurde nach den Spionagevorwürfen (vgl. UN 11/2017) dann gekürzt, aber für 2018 sind immer noch 297.500 Euro eingeplant.

**Ist das alles noch zu fassen?**

Ihre Sabine Möller

## »Osmanisierung« Europas



Einst waren die osmanischen Sultane die politischen und zugleich als Kalifen die religiösen Führer der islamischen Welt. Erdoğan will daran anknüpfen und hat bereits die ersten Maßnahmen ergriffen.

In den türkischen Staatsmedien tauchen immer wieder Landkarten mit den Grenzen des alten Osmanischen Reiches auf und nach der Errichtung eines »exekutiven Präsidialsystems« in der Türkei wird Erdoğan immer häufiger als Sultan tituliert. Seit Jahren arbeitet er sich erfolgreich zum Wortführer der islamischen Welt empor.

Auch territorial arbeitet »der Sultan« an einem neuen Osmanischen Reich: »Wir haben unsere derzeitigen Grenzen nicht freiwillig akzeptiert«, äußerte er in einer Rede im Oktober 2016.

Das militärische Vorgehen der Türkei in Syrien und im Irak belegt, daß die Regierung in Ankara gewillt ist, ihre Interessen auch mit Gewalt durchzusetzen.

Nicht nur Erdoğan und seine Gefolgsleute in der Türkei, sondern auch seine Anhänger in Deutschland träumen von einem Osmanischen Reich. Mehrere militärische Versuche seitens der Osmanen, nach Westeuropa vorzudringen, wurden erfolgreich abgewehrt. Nun hat sich

die Situation geändert und nie zuvor lebten so viele Muslime im Herzen Europas wie heute. Eine militärische Verteidigung ist unmöglich. Erdoğans Worte sind eindeutig:

**»Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.«**

### ZUM NACHDENKEN:

#### »Scharia besser als deutsche Gesetze«

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) befragt regelmäßig Schüler in Niedersachsen.

Eine am Jahresanfang veröffentlichte Statistik besagt, mehr als ein Viertel (27,4 %) der teilgenommenen muslimischen Schüler stimmt der Aussage zu: **»Die islamischen Gesetze der Scharia [...] sind viel besser als die deutschen Gesetze.«**

Weiter: Knapp ein Fünftel (18,6 %) stimmte der Aussage zu: **»Es ist die Pflicht jedes Muslims, Ungläubige zu bekämpfen und den Islam auf der ganzen Welt zu verbreiten.«**

## Unser Land wird immer mehr islamisiert

Es liegen sehr viele Statistiken vor, wie stark der Islam bereits in Deutschland vertreten ist. Derzeit liegt die Quote bei ca. fünf Prozent. Für die einen ist es eine mittlere Katastrophe, für die anderen eine lächerlich klei-

ne Anzahl. Offensichtlich jedoch bewirkt diese »lächerliche kleine Anzahl« bereits gewaltig viel in unserer Heimat.

Ist das keine schleichende Islamisierung, wenn

- sich ein aus islamischen Ländern importiertes »Machotum« in Deutschland ausbreitet, das vor allem Frauen zu spüren bekommen?

- Scharia-Gerichte neben der deutschen Justiz Recht sprechen und ein Landesjustizminister der SPD das grundsätzlich unproblematisch findet?

- der Ex-MdB *Hans-Christian Ströbele* (Bündnis 90/Die Grünen) die Einführung eines gesetzlichen Feiertages für die Muslime in Deutschland befürwortet und dafür die entsprechende Streichung »eines der vielen christlichen Feiertage« vorschlägt?

- wenn extra Badezeiten für muslimische Frauen in Schwimmbädern angeboten werden, weil ihre Religion es ihnen verbietet, gemeinsam mit Männern baden zu gehen?

- immer mehr Diskussionen stattfinden, ob Schweinefleisch in Kantinen oder Weihnachtsfeiern in Kitas und Schulen für Menschen mit islamischem Glauben überhaupt zumutbar sind?

Dies sind nur wenige Beispiele. Ähnliche begegnen uns mittlerweile täglich. In welche Kultur sollen wir denn die Flüchtlinge integrieren, wenn wir unsere Kultur, Sitten und Gebräuche in voraus-eilendem Gehorsam abschaffen?

Es hängt letztendlich davon ab, wie man »Islamisierung« interpretiert. Manche Menschen mögen das erst sehen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung muslimisch geworden ist, unsere Frauen Kopftücher tragen, Kirchen in Moscheen verwandelt wurden und die Scharia deutsche Gesetze ablöst.

### Immer mehr Muslima in Frauenhäusern

Bereits 2010 gab die Frauenkoordinierungsstelle (FHK e.V.) an, daß über 50 Prozent der Nutzerinnen von deutschen Frauenhäusern »Migrantinnen« seien. Seit den 90er Jahren nahm ihr Anteil in den mittlerweile rund 360 bundesweiten Frauenhäusern stetig zu. In Berlin ist der Anteil von »Migrantinnen« mit 60 bis 80 Prozent besonders hoch.

## DİTİB: Kinderkrieger an die Front



Die Homburger DİTİB-Moschee feierte ihre zukünftigen Kämpfer mittels *Facebook*. Der Versuch, die Bilder nach den Protesten zu löschen, ging schief. Vor allem in den »Sozialen Netzwerken« verbreiteten sie sich wie ein Lauffeuer.

**HEIMAT WAR EINMAL ...!**

## **Tausendfacher Asylmißbrauch**

Nach Medienauskunft des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wurden im Jahr 2017 genau 8.210 Asylanträge von Personen gestellt, die bereits in anderen EU-Staaten als Flüchtlinge anerkannt waren.

Also: **8.210 Mißbrauchsfälle mit allen Aufwands- und Kostenfolgen für den deutschen Steuerzahler!** Eine kurze Meldung, die viele Fragen unbeantwortet läßt:

- Wie viele dieser Anträge wurden überhaupt bearbeitet, obwohl die Fingerabdrücke von Asylbewerbern schon seit 2003 im europäischen Fingerabdruck-Identifizierungssystem »EURO-DAC« gespeichert werden?
- Wie viele von denen sind juristisch gegen eine Ablehnung des Asylantrages vorgegangen?
- Haben diese Personen seit Ankunft in der Bundesrepublik irgendwelchen Unterhalt kassiert?
- Hat man sie deswegen angezeigt und sie zur sofortigen Abschiebung festgenommen?
- Hat man ihre Habe durchsucht, um Geld und Wertgegenstände vorläufig zu beschlagnahmen, um sie mit den entstandenen Kosten zu verrechnen?
- Was ist mit ihnen geschehen, wie ist der Stand heute, viele Monate später?
- Was wurde unternommen, um sicherzustellen, daß sich solche Fälle nicht wiederholen?

**Über jeden dieser 8.210 »Einzelfälle« hätten wir gerne eine konkrete Auskunft!**

Dann allerdings ist das Szenario schon eingetreten und nicht mehr rückgängig zu machen. Deswegen ist der schleichenden Islamisierung Einhalt zu gebieten. Das heißt Rückführung und nicht Integration von Flüchtlingen. Kein Familiennachzug bei Flüchtlingen und sofortiger Aufnahmestopp für Menschen mit islamischem Glauben.

Wenn man hingegen die »Islamisierung« als einen fortschreitenden Prozeß begreift, bei dem unsere Werte und Normen – manchmal kaum merklich – aufgeweicht oder verändert werden, dann läßt sich nicht bestreiten, daß es erste Anzeichen dafür gibt.

Statt diesen entgegenzuwirken, erwecken die Herrschenden den Eindruck, sich nur für bessere Wahlergebnisse zu interessieren und dem Volk gelegentlich ein »Schmankerl« (z.B. Obergrenze) zur Beruhigung hinwerfen. Die traurige Realität sieht jedoch anders aus.

## **Asylbewerber klagen immer erfolgreicher gegen Abschiebung**

Rund 44 Prozent der Verfahren gegen Abschiebungen vor den Verwaltungsgerichten – die inhaltlich entschieden und nicht anderweitig erledigt wurden – endeten im Zeitraum Januar bis September 2017 zugunsten der Flüchtlinge.

Die Herrschenden sind mit der Abschiebung krimineller oder nicht asylberechtigter Flüchtlinge restlos überfordert. Zur Zeit befinden sich in Deutschland mehr als 200.000 Menschen, die ausreisepflichtig sind. Etwa 25.000 sind im Jahr 2016 abgeschoben worden, 2017 waren es dann mit 22.000 noch weniger. Zeitgleich hält die Einreisewelle weiterhin an. Zusätzlich zu den »offiziel-

len« Flüchtlinge und den illegal Einreisenden wird nun auch noch über Familiennachzug diskutiert. Diese unqualifizierte Flüchtlingspolitik wird zusätzlich von einigen Flüchtlingen schamlos ausgenutzt.

## **Flüchtlinge verkaufen ihre deutschen Pässe**

Die Bundespolizei warnt in einer vertraulichen Analyse vor einem florierenden Handel mit Identitäten. So hat die Bundespolizei Fälle registriert, in denen Flüchtlinge ihre von deutschen Behörden ausgestellten Papiere verkauft haben. Laut Bundesinnenministerium sollen bereits im vergangenen Jahr 554 Fälle festgestellt worden sein, in denen solche Dokumente zur unerlaubten Einreise nach Deutschland genutzt worden seien.

Aber damit noch nicht genug der kriminellen Energie in der Flüchtlingspolitik. Jetzt müssen auch noch tausende Fälle von Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) überprüft werden.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die ehemalige Leiterin der Außenstelle in Bremen. Sie soll zwischen 2013 und 2016 mindestens 1.200 Menschen Asyl gewährt haben, obwohl die Voraussetzungen für Asyl nicht gegeben waren. Nun wird überprüft, ob weitere Mitarbeiter zu unrecht Asyl gewährt haben. Wir sagen klar und deutlich:

**Der Islam gehört keineswegs zu Deutschland!**

**Sie erhalten nur ein UN-Heft? Und was weiß Ihr Nachbar? Bitte bestellen Sie 2, 3, 5 oder 10 Hefte monatlich!**

# Orbán zur Lage Europas



Foto: European People's Party / CC BY 2.0

**Viktor Orbán** ist der vom Brüsseler Zentralkomitee meistgehaßte Ministerpräsident eines EU-Landes. Dabei führt er nur das aus, was die EU in ihren Verträgen beschlossen hat: eine konsequente Sicherung der EU-Außengrenze in seinem Bereich und die Verhinderung illegaler Masseneinwanderung in die EU.

Statt ihn dafür zu loben, wird er von der Politik und den Medien verurteilt. Für die Weigerung Ungarns, sich einer von Brüssel diktierten »Flüchtlings«-Verteilung zu beugen, werden sogar rechtliche Folgen (Stimmrechtsentzug) und eine Sperre von EU-Geldern angedroht.

Hier einige Auszüge, die seine Haltung, seine Forderungen und seine Kritik an der Einwanderungspolitik der EU dokumentieren:

»Zur Wahrheit gehört auch, daß wir nicht nur eine bürgerliche, sondern auch eine nationale Regierung sind.

**Die Heimat ist ein Herzensanker, den wir alle brauchen, und die Patrioten verdienen viel eher Anerkennung, daß sie wieder und immer wieder trotz aller Angriffe und trotz des Spotts diesen Anker auswerfen und uns wieder und immer wieder ins Gesicht sagen, daß die Heimat an erster Stelle steht.**

[...] Das Euroblabla, die liberale Schöntuerei, das korrekte Nichts-sagen ist in der Versenkung verschwunden. Den Maulkorb haben wir Brüssel und die Leine dem IWF zurückgeschickt. Schauen Sie sich nur um in dem Europa der Koalitionswänge und der liberalen Mediendiktate.

In Budapest ist die klare Rede in Mode, eindeutige Worte und Sätze. In Budapest wollen wir das sagen, was wir denken, und wir wollen dementsprechend handeln, was wir ausgesprochen haben.

[...] Dies war ein langer Weg. Schwere Auseinandersetzungen, Ausdauer, Treue, Kameradschaft. Treue zu und Dienst für Ungarn, Einheit und Kameradschaft füreinander. [...] Wir sind Antikommunisten und Patrioten. Wir lieben Ungarn leidenschaftlich und sind bereit, alles für das Land zu tun.

[...] Es lohnt sich, darauf aufmerksam zu werden, wie sehr die Zahl der die Zukunft Europas in düsteren Farben darlegenden Analysen, Prognosen und Prophezeiungen zugenommen hat. Wegen der Einwanderung sammeln sich dunkle Wolken über Europa. [...] Laut der Schätzungen wird der Anteil der Einwanderer in den westlich von uns liegenden euro-

päischen Ländern in einem sich verschnellernden Maß anwachsen. [...]

**Zum Beispiel werden die geborenen Deutschen auch in den meisten deutschen Großstädten zurückgedrängt. Die Einwanderer besetzen nämlich zuerst immer die Großstädte. In Bayern wird heute zum Beispiel mehr Geld für die Sache der Flüchtlinge, die Einwanderung und die Integration ausgegeben, als für die Wirtschaft, den Umweltschutz und den staatlichen Haushalt des Gesundheitswesens zusammengekommen. [...]**

Laut der NATO-Berichte [...] werden sich bis in das Jahr 2020 sechzig Millionen Menschen nach Europa auf den Weg gemacht haben. Auch darüber herrscht Übereinstimmung, daß Afrika eine Kraft vertreten wird, die jede frühere Erwartung übertreffen wird. Bis in das Jahr 2050 wird sich die Zahl der dort Lebenden verdoppeln, 2,5 Milliarden Menschen werden es bevölkern. [...] Eine Möglichkeit ist, daß Afrika nicht in der Lage sein wird [...] für seine jungen Generationen menschenwürdige Umstände zu erschaffen. Wenn man dieser aus mehreren hundert Millionen bestehenden jungen Masse erlaubt, nach Norden zu kommen, dann wird Europa unter ungeheuren Druck geraten. Hinzu kommt noch, daß die meisten Einwanderer aus der islamischen Welt kommen werden.

**»Die Voraussetzung jedes zukünftigen Planes ist, daß wir unseren eigenen Weg beschreiten können. Und es können nur unabhängige, niemandem anderen ausgelieferte Nationen ihren eigenen Weg beschreiten.«**

Viktor Orbán

---

**Wenn alles so weitergeht, dann wird es in den Großstädten Europas eine eindeutige muslimische Mehrheit geben. [...] Unsere Kultur, unsere Identität und unsere Nationen werden – wenn alles so weitergeht – in der Form, wie wir sie kennen, aufhören zu existieren. Unsere schlimmsten Alpträume werden wahr. Der Westen fällt, während Europa nicht einmal bemerkt, daß es besetzt wird.**

---

[...] Jeder sieht es schon. In Westeuropa sind die alten, großen europäischen Nationen zu Einwanderungsländern geworden. Die Umwandlung der kulturellen Grundlagen, die Abnahme der Bevölkerung christlicher Kultur, die Islamisierung der Großstädte schreitet Tag für Tag voran, und ich gestehe, ich sehe jene politischen Kräfte nicht, die die Prozesse aufhalten wollten oder könnten. [...] Westeuropa ist zu einer Einwanderungszone, zu einer Welt mit gemischter Bevölkerung geworden, und schreitet in Richtung auf eine ganz andere Entwicklung in der Zukunft als Mitteleuropa. Dies ist für uns eine schlechte Nachricht. Dies bedeutet, daß die islamische Zivilisation, die die Bekehrung Europas – wie sie es sagen: zum wahren Glauben – schon immer als ihre Sendung angesehen hat, in der Zukunft nicht mehr nur vom Süden her, sondern auch vom Westen aus an der Tür Mitteleuropas klopfen wird. Mit dem Bau des Zaunes, dem juristischen und dem physischen Grenzschutz, dem beispielhaften Einsatz unserer Polizisten und der Führung von Sándor Pintér haben wir unsere Südgrenzen erfolgreich verteidigt. Wir haben verhindert, daß die islamische Welt uns vom Süden aus überströmte. In der Richtung sind wir das letzte Land des lateinischen, das heißt des westlichen Christentums. Wir stehen fest auf unseren Füßen. Unsere Verteidi-

gungslinien sind in der Lage, auch die größte Flut aufzuhalten. [...]

So absurd es auch sein mag, so ist doch die Situation die, daß die Gefahr uns heute vom Westen droht. Dieser Gefahr setzen uns Brüsseler, Berliner und Pariser Politiker aus. [...]

Dann hat in den vergangenen Tagen einer der Hauptideologen des Soros-Netzwerks, der Menschenrechtskommissar des Europarats, ausgeplaudert, daß im Geheimen bereits vor Jahren das Programm der Züchtung des Sorosschen Menschentyps verkündet worden war. [...] Und ich habe erkannt, daß von dort aus gesehen, wir Eingeborene, die über eine eigene Heimat, eigene Kultur, eigene Religion verfügen, an der sie noch dazu mit Klauen und Zähnen festhalten. Wir sind also aus dem Blickwinkel von Soros und Konsorten hoffnungslos und nicht formbare Individuen. Von ihrem Gesichtspunkt aus stellen die Migranten tatsächlich einen besseren Rohstoff dar. [...]

Nun, wir werden dies aber natürlich nicht untätig mit ansehen. Wir sind keine Schafe, die ruhig herumstehend darauf warten, daß sich ihr Verhängnis erfülle. Selbstverständlich werden wir kämpfen. [...] Die Beschäftigung mit der Migration und den Migranten werden wir an eine Zulassung seitens der Nationalen Sicherheit knüpfen.

Wir werden eine vollständige finanzielle Durchleuchtung anordnen, und jene, die ihre gefährlichen Pläne nicht aufgeben, werden wir einfach ausweisen, so mächtig oder reich sie auch sein sollten. Und wir werden auch in der internationalen Arena kämpfen. Morgen werde ich [...] jenen europäischen Gesetzesentwurf überreichen, der eine Lösung für die hermetische Verteidigung der europäischen Grenzen sein könnte. Dies ist wichtig, damit meine ich den Grenzschutz, und nicht die obligatorische Quote. Wenn wir nämlich die Grenzen abschließen, dann kann niemand ohne Erlaub-

nis hineingelangen, weshalb es auch niemandem zum Verteilen geben wird. Und wer den Eintritt von Migranten in sein Land erlaubt, der soll sie auch behalten, soll auch für sie sorgen. [...]

Die Organisation der Vereinten Nationen, die UNO, hat sich in den Kopf gesetzt, bis zum Jahresende eine internationale Vereinbarung über die Migration unter Dach und Fach zu bekommen. Der Vertragsentwurf wurde diskutiert. Die Vereinigten Staaten haben den Verhandlungstisch bereits verlassen, denn nach ihrer Ansicht ist der Vorschlag hoffnungslos einseitig auf Seiten der Einwanderung und gegen den Grenzschutz.

---

**Die UNO möchte akzeptieren lassen, daß die Einwanderung und deren Förderung einen günstigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum und zum Wohlstand leistet. Von Europa aus gesehen ist dies eine offensichtliche Torheit, es ist so, als ob jemand sagen würde, die Grippewelle sei eine gute Sache, denn sie leiste einen günstigen Beitrag zur Gesundheit und zum Wohlbefinden der Menschen.**

---

Laut der UNO müssen sichere und geregelte Einwanderungsrouten in Europa geschaffen werden. Laut der UNO ist es die Pflicht jedes Europäers, den bei ihnen ankommenden Einwanderer bei der Ansiedlung und der Arbeitssuche zu helfen. [...]

Wir müssen geradeheraus sagen, daß Ungarn nicht das Land der geistig verwirrten Menschen ist. [...] Wir sind nicht allein, und wir werden gemeinsam streiten, um den von Soros in Brüssel und in der UNO vorgestellten Plan aufzuhalten, dann zu stoppen, und [...] ich bin mir darin sicher, daß wir am Ende auch Erfolg haben werden. Auf zum Abenteuer!«

Auszug aus der Rede des ungarischen Ministerpräsident Viktor Orbán am 18.2.2018 in Budapest.

## Hilfssoldaten an die Front!?

Der Bundeswehr fehlen Soldaten. Geplant ist, bis 2024 die Truppenstärke auf 198.000 zu erhöhen, doch es mangelt an gesundheitlich, bildungs- oder gesinnungsmäßig akzeptablem Nachwuchs (letzteres aus Furcht vor »Rechtsradikalen« durch Prüfung des Militärischen Abschirmdienstes).

Deshalb wurde schon im Jahr 2016 angestoßen, auch Schulabgänger ohne Abschluß, über 30jährige Bewerber und EU-Ausländer aufzunehmen.

Jetzt soll man im Schnellkurs Soldat werden können: »Ungediente«, also Menschen, die nie zuvor in der Bundeswehr waren, sollen in Wochenendkursen zu Reservisten ausgebildet werden. Bislang verstand man unter Reservisten ausgeschiedene Soldaten, die im Rahmen von Wehrübungen herangezogen werden können. Die 16 Landes-

kommandos der Bundeswehr, die für die Reservisten zuständig sind, sind aber nur zu 60 Prozent besetzt. Deshalb soll laut Bundesverteidigungsministerium der »Reservistenpersonalkörper der Bundeswehr« durch sogenannte »Ungediente« aufgestockt werden.

Reservisten könnten nicht nur an der Heimatfront, sondern – auf freiwilliger Basis – auch an Auslandseinsätzen teilnehmen.

Dabei dauert die Grundlagenausbildung dieser Leute nur 178 Stunden, also 22 Tage, eingeschlossen ein Schnellkurs an der Waffe. Nach Abschluß erhalten sie den Dienstgrad »Jäger«.

**Man darf gespannt sein, welche Art von Beschützern uns demnächst vor wem (!) beschützen sollen! »Jäger« gegen Deutsche, die gegen die Entfremdung ihrer Heimat aufmucken?**

## Glück für die NATO, Pech für die Bundeswehr

Laut Medienberichten war oder ist die Bundesverteidigungsministerin im Gespräch, NATO-Generalsekretärin zu werden, wenn sie wegen ihres Versagens in Berlin nicht mehr zu halten ist. Das belegt, wie weit das närrische Treiben in die Realpolitik Einzug gefunden hat. Wie man ernsthaft auf solche Idee kommen kann, ist schleierhaft.

Eine Frau, die politisch verantwortlich ist für all die Beschaffungsfehler, für Seminare über »sexuelle Vielfalt« in der Truppe und das Abhängen des Portraits eines deutschen Bundeskanzlers in Uniform, für Marine-Hubschrauber, die nicht über Wasser fliegen dürfen, für BW-Patrouillen in Afghanistan, die nicht stattfinden, weil die TÜV-Plaketten



abgelaufen sind, für eine U-Boot-Flotte, bei der kürzlich kein einziges Schiff einsatzfähig war, für das Drohnen-Desaster, für das G36-Desaster, für Soldaten, die nicht aus Mali nach Hause geflogen werden konnten, weil das einzig verfügbare Transportflugzeug kaputt war, dafür aber für die Einführung von Umstandskleidern für schwangere Soldatinnen.

Glück für die NATO, wenn ihre »Abschiebung« nicht klappt, Pech für die Bundeswehr, wenn sie uns erhalten bleibt!

### Der moralische Verfall der EU

Die EU hat Polen und Ungarn wegen deren Weigerung, Armutsmigranten aufzunehmen und wegen deren Justizorganisation im Visier, droht sogar mit Strafe und maßt sich damit Herrschaftsrechte über diese Länder an.

Die gleiche EU umschmust dagegen den Sultan vom Bosphorus, einen Diktator, der 160.000 Menschen wegen vermuteter Opposition eingesperrt hat, der Pressegesetze und Propagandadiktatur eingeführt hat, der 2015 Millionen Armutsfüchtlinge auf den Weg nach Deutschland geschickt und sich damit Prämienzahlungen von Merkel erschwindelt hat – und der nun sogar mit von Deutschland gelieferten Waffen seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf syrischem Boden führt.

Kein Wort der Kritik gegen diesen Kriegstreiber, vielmehr »NATO-Freundschaft« und »EU-Solidarität« und Weiterzahlung von gut vier Milliarden Euro »EU-Vorbeitrittshilfen« bis 2020. Offenbar geht es den EU-Kommissaren nur um ihre Machterhaltung und Machterweiterung, nicht aber um Grundsätze, nicht einmal um Krieg oder Frieden.

Die EU mißt mit zweierlei Maß und mischt sich bei Mitgliedsländern ein, wenn die »political correctness« nicht eingehalten wird, mischt sich aber nicht ein, wenn ein von ihr umworbener, mit Beitrittsvorbereitungen belohnter und jährlich mit Milliarden Euromitteln bezahlter Diktator Kritiker in Massen einsperrt, verfolgt und Nachbarländer mit Krieg überzieht – sogar mit deutschen Panzern.

Der moralische Verfall der EU könnte nicht stärker dokumentiert werden.

Dr. A. Schiedewitz

# Alte Liebe rostet nicht: Bombardieren »aus humanitären Gründen«

**»In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.«**

Egon Bahr, am 4.12.2013  
vor Schülern in Heidelberg

Man kann es auch konkreter formulieren: Wer glaubt, daß die drei Alliierten USA, Großbritannien und Frankreich aus humanitären Gründen Syrien mit Raketen beschießen, der glaubt auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten.

Die bis jetzt nicht bewiesenen Giftgasangriffe durch »Assad« auf Zivilisten rauben *Trump*, *May* oder *Macron* nicht eine Sekunde Schlaf. Hier geht es nicht um Menschenrechte, hier geht es knallhart um geopolitische Interessen.

Die Lage am Mittelmeer mit den Nachbarstaaten Türkei, Irak, Israel, Jordanien und dem Libanon macht Syrien für die Großmächte, selbstredend auch für Rußland, zu einem wichtigen strategischen Stützpunkt.

Fragt man sich, was Briten und Franzosen hier für Interessen haben, muß man in der Geschichte gar nicht so weit zurückgehen.

Während des Ersten Weltkrieges gelang es den Briten, mit dem Versprechen auf ein Königreich »Großsyrien«, die Araber gegen die Türken zu mobilisieren.

Nicht völlig überraschend erinnerte man sich im Vereinigten Königreich, unterstützt durch Frankreich, nach dem Sieg nicht mehr an die einmal gemachten

Zusagen. Bereits im Mai 1916 beschlossen London und Paris im Sykes-Picot-Abkommen, die arabischen Provinzen des ehemaligen Osmanischen Reiches unter sich aufzuteilen. Während der folgenden Jahrzehnte sorgte vor allem Frankreich dafür, daß diese Region nicht zur Ruhe kam. Ab 1940 diente Syrien als Luftwaffenstützpunkt für britische und französische Flugzeuge. 1941 marschierten britische und französische Truppen ein. Auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges besetzten die Franzosen Syrien weiterhin. Die blutigen Auseinandersetzungen der syrischen Freiheitskämpfer gegen die französische Besetzung gipfelte in der Bombardierung von Damaskus durch die Franzosen. Erst am 17.4.1946 konnte die Syrische Republik ausgerufen werden. Allerdings bedeutete dies keine Stabilität oder gar Frieden für die Region.

Durch die Schaffung des Staates Israel und der damit verbundenen Unterdrückung und Vertreibung der arabischen Stammbevölkerung kamen Syrien und der gesamte Nahe Osten die letzten 70 Jahre nicht zur Ruhe.

Auch innenpolitisch wurde immer wieder, oftmals religiös motiviert, versucht, die jeweilige Regierung zu stürzen.

Seit 2000 ist *Baschar al-Assad* Präsident Syriens. Eine seiner ersten Amtshandlungen bestand darin, 600 politische Gefangene freizulassen, um zwischen den verschiedenen Religionen eine Befriedung zu erreichen. Auch versuchte er, die syrische Zivilgesellschaft durch demokratische Freiheiten zu stärken.

Solche Bestrebungen werden in den westlichen Demokratien immer sehr sorgfältig beobachtet, könnten sie doch dazu führen,

**»Freundschaftliche und gut-nachbarschaftliche Politik ist für den Westen die schlimmste Bedrohung überhaupt, weil zum Westen nur der gehören kann, dem man ,vorher die Knochen gebrochen hatte'.«**

Willy Wimmer, ex-MdB,  
Staatssekretär a.D.

daß sich ein Staat, ein Volk oder gar eine ganze Region stabilisieren und der eigenen Stärke bewußt werden.

**Die wirkliche Infamie besteht darin, der Weltöffentlichkeit vorzulügen, daß in den jeweiligen Ländern die Menschenrechte geschützt, Humanität wieder hergestellt und die Demokratie eingeführt werden müsse.**

Nun ist der Bundesbürger doch nicht ganz so dumm wie die Politiker hoffen. Der ehemalige Ministerpräsident von Brandenburg, *Matthias Platzeck* (SPD), beklagte in der Sendung »maybrit illner« vom 19.4.2018 das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in die Verlautbarungen der Regierung. Allerdings hatte er auch gleich eine richtige Schlußfolgerung zur Hand: Nachdem sich die Vereinigten Staaten zweimal in den jeweiligen Irakkrieg gelogen hatte, glaube man US-amerikanischen Beteuerungen nicht mehr. Waren es 1990 unter anderem Babys, die angeblich von irakischen Soldaten aus den Brutkästen gezerrt wurden, mußten es 2003 schon angebliche »Massenvernichtungswaffen« sein, um die Weltöffentlichkeit auf einen militärischen Erstschlag vorzubereiten.



Nun könnte man zynischerweise die mangelnde Kreativität der jeweiligen US-amerikanischen Führung bemängeln, da es immer wieder Giftgas oder kurz vor der Fertigstellung befindliche Atombomben sind, die ein sofortiges Eingreifen notwendig machen. Allerdings würde man dadurch das Leid und Elend der betroffenen Menschen relativieren.

**Es ist unerträglich, mit ansehen zu müssen, mit welcher Normalität und welcher Ignoranz wir täglich Meldungen von Toten und Verletzten zur Kenntnis nehmen, als Folge der barbarischen Angriffskriege »unserer westlichen Verbündeten«.**

Mit genau diesem Wissen stellt sich eine deutsche Verteidigungsministerin hin und bedauert, daß unsere Armee nicht zu solchen Unrechtshandlungen »eingeladen« wird.

Bei aller Skepsis gegenüber den »Westalliierten«, so blöd können sie gar nicht sein, eine Truppe anzufordern, die Frau von der Leyen mit Erfolg kastriert hat.

Die Stellungnahme von Frau Merkel ist typisch für die Nachkriegspolitik dieser Republik:

**»Wir unterstützen es, daß unsere amerikanischen, britischen und französischen Verbündeten als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates in dieser Weise Verantwortung übernommen haben. Der Militäreinsatz war erforderlich und angemessen.«**

Diese Worte der Unterwerfung machen sprachlos – in diesem Zusammenhang von »Verantwortung« zu sprechen, ist Hohn.

Für die Mächtigen dieser Welt verkommt der Krieg mit all seinen Schrecken zum Videospiel. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump, kündigt mal



Syrien - Fläche: 185.180 km<sup>2</sup> (etwa halb so groß wie die Bundesrepublik), Einwohner: etwa 21 Millionen, Bürgerkrieg seit 2011

eben per *Twitter* den Raketenangriff auf Syrien an:

**»Mach dich bereit Rußland, denn sie werden kommen, hübsch und neu und intelligent. Ihr solltet keine Verbündete sein für ein Tier, das sein Volk mit Gas tötet und daran Freude hat!«**

**Spätestens wenn der Westen aus nicht willfähigen Politikern »Tiere«, »Monster« oder »Massenmörder« macht, sollten speziell wir Deutschen zweimal hinschauen.**

Seit 2011 tobt nun dieser »Bürgerkrieg«, der schon längst ein Krieg verschiedenster Interessen auf syrischem Boden ist. Im Zuge des »Arabischen Frühlings« sollte auch Syrien destabilisiert werden, um »demokratische Strukturen« zu installieren – was westliche Demokratien darunter eben so verstehen.

**Cui bono – wem zum Vorteil?**

Dies ist nach sieben Jahren Krieg nicht mehr ganz leicht zu beantworten. Schien es zu Anfang, daß sich vor allem Herr Netanyahu freudig zurücklehnen konnte, haben sich die Machtverhältnisse

so verschoben, wie es die Strategen in Washington und Tel Aviv nicht geplant hatten. Sowohl Rußland als auch der Iran haben als Unterstützer Assads größtes Interesse, in dieser Region sowohl politisch als auch militärisch präsent zu sein. Der schiitische Iran, als Gegenspieler des sunnitischen/wahabistischen Saudi-Arabiens, versucht in dieser Region Fuß zu fassen. Israel, frei nach dem Motto »Der Feind deines Feindes ist dein Freund«, bandelt mit dem bisherigen Feind Saudi-Arabien an, um die anscheinend größere Gefahr durch den Iran abzuwehren. Erdoğan wiederum versucht in Syrien Fuß zu fassen, um das »Kurdenproblem« nach alter osmanischer Tradition zu lösen. Und die verschiedenen Gruppierungen der Radikalislamisten lassen sich, entgegen der Hoffnung der USA, schon lange nicht mehr fernsteuern.

**Der Plan, in Syrien eine Regierung zu installieren, die dem Westen genehm ist, ging gründlich schief.**

**Tod, Leid, Elend und millionenfache Flucht sind das Ergebnis kolonialen, imperialen Denkens und Handelns, wie es den USA, Großbritannien und Frankreich seit Jahrhunderten eigen ist.**

# Ihr seid der »Rest«, liebe sorglose und naive Deutsche!

Der zweithöchste Repräsentant unseres Staatswesens, Bundestagspräsident *Wolfgang Schäuble*, erklärte laut *Deutschland-Kurier* vom 11.4.2018:

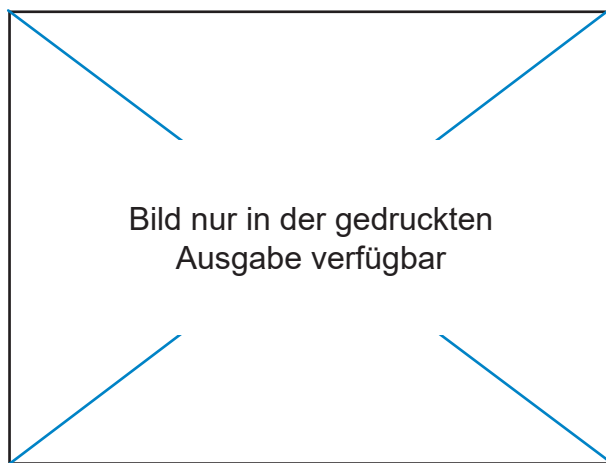
**»Wir können nicht den Gang der Geschichte aufhalten. Alle müssen sich damit auseinandersetzen, daß der Islam ein Teil unseres Landes geworden ist.«**

Der »Rest der Bevölkerung«

müsse akzeptieren, daß es in Deutschland einen wachsenden Anteil von Muslimen gibt.

Man muß sich das verinnerlichen: Der Präsident unserer Volksvertretung verneigt sein weises Haupt und kapituliert vor dem Lauf der Geschichte als ein unabwendbares, nicht zu beeinflussendes Schicksal!

**Wer bestimmt denn den Lauf der Geschichte?**



1987: Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble trifft Erich Honecker

Hat der weise Herr *Schäuble* diesen Unsinn von seinen DDR-Gesprächspartnern übernommen, als er mit ihnen den Einigungsvertrag aushandelte?

Schon *Erich Honecker*, der weise DDR-Volksverführer, hatte solchen Unsinn verzapft:

**»Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.«**

Inzwischen ist die DDR mit ihrem angeblichen »Sozialismus« auf

dem Müllhaufen der Geschichte gelandet.

Nun verkündet das Oberhaupt des Hohen Hauses, das laut Inschrift *»dem deutschen Volke«* gewidmet ist, der deutsche Rest der Bevölkerung (von Volk redet man dort sowieso nicht mehr) müsse sich damit abfinden, daß dieses Volk in seiner gewachsenen Form und

Kultur auch auf dem Müllhaufen der Geschichte landen werde.

Der »Rest der Bevölkerung« aber nimmt das mehrheitlich stoisch schweigend hin (»Mir geht's ja ganz gut«) und wählt weiterhin den eigenen Untergang.

Für die Wenigen, die sich der Umvolkung und Islamisierung entgegenstellen, bildet die Bundeswehr nun wohl »Jäger« aus (siehe S. 7, »Hilfssoldaten«).

## Liebe Leser, ganz privat:

### Wollen wir uns widerstandslos »verwandeln« lassen?

Nach Medienberichten hielt *Joachim Gauck*, Bundespräsident a.D., am 18.4.2018 an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf eine Vorlesung, in der er erklärte:

**»Wir befinden uns mitten in einem tiefgreifenden Veränderungsprozeß. Deutschland, das ethnisch weitgehend homogen war, verwandelt sich in ein multiethnisches und multikulturelles Land – mit weitreichenden Folgen für Politik und Gesellschaft.«**

Zum »Verwandeln« gehören immer zwei: die, die sich verwandeln lassen und die, die sie verwandeln wollen!

Nicht »das Land« verwandelt sich, sondern es wird von verantwortungslosen Politikern, Mei-

nungsmachern und Volksfeinden aktiv und planmäßig in einen undefinierbaren Massenbrei verwandelt und zerstört!

Das Unbegreifliche dabei ist, daß die Mehrheit der Mitmenschen um uns herum das in stoischer Ruhe hinnehmen, sich zwar täglich über das, was sie auf der Straße erleben, irgendwie ärgern und sich selber in der eigenen Stadt fremd fühlen, aber den Mund halten und sich fügen.

**»Deutschland wird Deutschland bleiben – mit allem, was uns daran lieb und teuer ist.«** (*Angela Merkel* am 7.9.2016)

Man kann über die Leute, die das noch glauben, nur den Kopf schütteln. Versuchen wir alles, sie aufzuwecken!

*Ihre UN-Mitarbeiter*

# Islam-Schulung für Justizbeamte

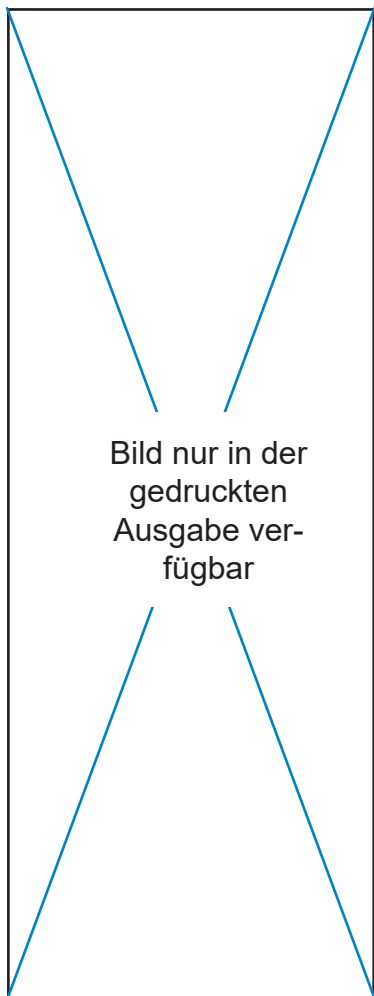


Bild nur in der gedruckten Ausgabe verfügbar

**Das Land NRW (CDU/FDP-Regierung) macht den Vorreiter: Rund 40.000 Justizbedienstete sollen im Umgang mit fremdartigen Regeln, Sitten und Gebräuchen geschult werden, um mehr Verständnis aufzubringen.**

Es geht um Angeklagte, die keine Frau als Richterin akzeptieren, um Häftlinge, die außerhalb ihrer Zelle den Gebetsteppich ausrollen, um Gerichtsvollzieher oder Polizisten, die vor dem Betreten einer muslimischen Wohnung die Schuhe ausziehen sollen.

Im bundesweit bisher einzigartigen »Zentrum für Interkulturelle Kompetenz« (ZIK) sollen Experten – von Islamwissenschaftlern über Politologen bis zu Soziologen – die Beamten schulen: »Interkulturelle Kompetenz befähigt zu einer besseren Verständigung, vermeidet Mißverständnisse und entschärft Konfliktpotentiale«, erklärte der CDU-Justizminister Peter Biesenbach. Über 2.000 Justizvollzugsbeamte seien bereits geschult worden, 600 Bewährungshelfer sollen nun folgen. Außerdem wer-

de das ZIK zusammen mit dem Ministerium ein Lagebild der bestehenden Paralleljustiz zeichnen, um den Richtern einen Einblick in die Entwicklung zu geben.

**Das alles sind die Folgen der unkontrollierten Massenzuwanderung, deren Kosten in unzähligen Etats verteilt werden, damit ja kein deutscher Steuerzahler erfährt, wie hoch die Gesamtsumme dieser »Bereicherung« ist, von den rechtlichen und kulturellen Folgen ganz zu schweigen.**

**Die Unterscheidung Islam versus Islamismus ist naiv. Im arabischen Sprachraum gibt es diese Unterscheidung nicht. Islam verhält sich zu Islamismus wie Alkohol zu Alkoholismus.**  
*Hamed Abdel-Samad, Politikwissenschaftler und Publizist.*

**SEPA-Lastschriftmandat**  
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE45ZZZ00000086750; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt  
Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.  
Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) \_\_\_\_\_  
Name des Kreditinstituts \_\_\_\_\_  
BIC (SWIFT) \_\_\_\_\_  
IBAN \_\_\_\_\_  
 Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.  
 Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

**Einzugsermächtigung**  
Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:  
Betrag: \_\_\_\_\_ Euro  
 einmalig  jährlich  
 halbjährlich  zweimonatlich  
 vierteljährlich  monatlich  
ab (Datum): \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_  
Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

## Zuzugsstopp

### Es geht doch, wenn man will!

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützt Forderungen nach einem Aufnahmestopp für Asylsuchende und Flüchtlinge in stark belasteten Kommunen. Deren Hauptgeschäftsführer, Gerd Landsberg, erklärte: »Wenn die Belastungen objektiv zu groß sind, sollte man einen solchen Zuzugsstopp verhängen, um eine Überforderung zu vermeiden«. Dafür sollten sich die Verantwortlichen in Kommunen »die Gegebenheiten vor Ort und die Zahl der Flüchtlinge im Verhältnis zur Bevölkerung genau anschauen«.

Landsberg verwies darauf, daß zwar die Zahl der Asylgesuche zurückgegangen sei, es aber Ungleichmäßigkeiten bei der Verteilung gebe. Dadurch würden sich in einigen Kommunen besonders viele Flüchtlinge sammeln. Es fehlten dann dort die Voraussetzungen für die Integration wie Kinderbetreuung, Wohnraum oder Sprachkurse. Der Hauptgeschäftsführer, der auch CDU-Mitglied ist, rief die Bundesländer dazu auf, die in einem Bundesgesetz verankerte Wohnsitzauflage auf Landesebene umzusetzen.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) zeigte Verständnis für Kommunen, die weitere Asylbewerber ablehnen. Dies sei »kein Zeichen von Unlust oder Verweigerung«.

Es gebe vielmehr »objektiv ein Problem, was die Integration angeht«. Auch gebe es Schwierigkeiten mit Menschen, die sich nicht an die hiesigen Werte und Gesetze halten wollten. In Städten wie Cottbus träten jugendliche Migranten in Gruppen auf und ließen sich »von normaler Ansprache nicht beeindrucken«. Im Vorfeld hatten bereits mehrere Städte Zuzugsstopps für Asylsuchende und Flüchtlinge beschlossen, da sie mit ihrer aktuellen Situation vor Ort zunehmend überfordert waren. Dazu zählten die niedersächsischen Kommunen Salzgitter, Wilhelmshaven und Delmenhorst. Ebenso erklärte das sächsische Freiberg, für die kommenden vier Jahre keine weiteren Asylbewerber mehr aufzunehmen.

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

## FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von \_\_\_\_\_ Ex. der UN-Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: \_\_\_\_\_

Jahrgang: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_ (für Rückfragen)

### Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

## ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten  
Postfach 101706  
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32  
Telefax: 0208 - 84 87 057  
E-Post: info@un-nachrichten.de

### Bankverbindung:

FK UN e.V.  
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01  
BIC: PBNKDEFF

### Internet:

www.un-nachrichten.de  
www.fb.com/UN.Nachrichten

### Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

### Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto. Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.  
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/